vinetur

Kalifornische Aufsichtsbehörden setzen eigene Untersuchung gegen Southern Glazer’s nach Bundesvergleichen fort

Behördenvertreter sagten, sie würden Schäden für Verbraucher und kleine Einzelhändler prüfen; sie haben die Befugnis, Lizenzen auszusetzen oder zu entziehen.

Samstag, 3. Oktober 2026



Kalifornische Aufsichtsbehörden sagten am Freitag, sie setzten ihre Untersuchung gegen Southern Glazer’s Wine and Spirits fort, obwohl der größte Alkoholhändler des Landes neue Vereinbarungen mit den Bundesbehörden getroffen hat – wegen Vorwürfen, wonach das Unternehmen beeinflusst habe, welche Weine in den Regalen von Supermärkten auftauchten, und wie Produkte in Kalifornien bepreist wurden.

Die landesweite Untersuchung hält den in Miami ansässigen Konzern unter Druck, während er versucht, getrennte Bundesverfahren wegen angeblicher Preisdiskriminierung und Bestechung abzuschließen. Kalifornische Behörden erklärten, ihre Prüfung werde sich auf die Alkohol-Lizenzen von Southern Glazer’s im Bundesstaat konzentrieren und darauf, ob das Verhalten des Unternehmens Verbraucher und kleine Betriebe in seinem größten Markt geschädigt habe.

„Wir sind über die Einigung der Federal Trade Commission mit Southern Glazer’s Wine & Spirits sowie über die Vereinbarung des US-Justizministeriums in Bezug auf kriminelle Bestechung informiert“, sagte Yael Sheinfeld, eine Sprecherin der California Business and Consumer Services Agency, in einer am Freitag berichteten Stellungnahme. „Die Erkenntnisse aus diesen Vereinbarungen sind sehr besorgniserregend.“

Sheinfeld sagte, der Staat werde eine eigene Prüfung durchführen und unabhängig feststellen, ob Verbraucher geschädigt wurden und welche Auswirkungen dies auf kleinere Einzelhändler hatte. Die Untersuchung eröffnet die Möglichkeit von Sanktionen auf Staatsebene, die über bundesrechtliche Mittel hinausgehen können. Kalifornische Aufsichtsbehörden haben die Befugnis, die Betriebslizenz eines Händlers auszusetzen oder zu entziehen, Geldstrafen zu verhängen und zusätzliche Aufsicht anzuordnen.

Die Ankündigung des Bundesstaats erfolgte am selben Tag, an dem die Federal Trade Commission mitteilte, sie habe mit Southern Glazer’s eine Einigung über Vorwürfe erzielt, das Unternehmen habe Produkte wiederholt an große Einzelhandelsketten zu niedrigeren Preisen verkauft als an nahe gelegene unabhängige Geschäfte. Nach einem vorgeschlagenen Gerichtsbeschluss, der noch genehmigt werden muss, müsste Southern Glazer’s einem kleinen Händler eine Entschädigung zahlen, wenn ein unabhängiger Kontrolleur feststellt, dass das Unternehmen diesem für dasselbe Produkt wiederholt deutlich mehr berechnet hat als einer nahe gelegenen großen Kette.

Der vorgeschlagene FTC-Beschluss würde Southern Glazer’s sechs Jahre lang einer externen Überwachung unterstellen. Das Unternehmen müsste dem Kontrolleur und den Mitarbeitern der FTC zweimal jährlich Compliance-Berichte und Preisdaten vorlegen.

Bundesbehörden argumentierten, Southern Glazer’s habe seine Marktmacht auf eine Weise eingesetzt, die den Wettbewerb im Alkoholgeschäft Kaliforniens verzerrte. Im Zentrum der Vorwürfe stand die Frage, ob große Ketten Rabatte erhielten, die unabhängigen Unternehmen nicht angeboten wurden, und ob andere Vorteile genutzt wurden, um Regalplatzierung und Werbeentscheidungen in Supermärkten zu beeinflussen. Die Staatsanwaltschaft erklärte, das Verhalten des Unternehmens habe beeinflusst, was Käufer in den Geschäften sahen, wie viel Regalfläche einige Weine erhielten und welche Produkte in Hunderten von Supermärkten beworben wurden.

Der bundesweite Druck auf Southern Glazer’s kam aus zwei Richtungen. Im September erklärte sich das Unternehmen bereit, 12,5 Millionen Dollar zu zahlen, um eine Untersuchung des US-Justizministeriums zu Vorwürfen der kriminellen Bestechung beizulegen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft umfasste das Verhalten Zahlungen an Mitarbeiter im Einzelhandel und falsche Rechnungen, mit denen diese Zahlungen verschleiert worden seien. Southern Glazer’s übernahm außerdem Verantwortung für das Verhalten von Mitarbeitern, sagte zu, seine Compliance-Maßnahmen zu verschärfen, und versprach, mit den Bundesermittlern zu kooperieren.

Die weitergehende Untersuchung führte nach Angaben der Staatsanwaltschaft zu Schuldeingeständnissen eines früheren Weineinkäufers bei Albertsons, eines Zulieferer-Auftragnehmers, eines Weinverkäufers eines Napa-Weinguts und zweier früherer Führungskräfte von Deutsch Family. Bundesbehörden erklärten zudem, fünf Führungskräfte von Southern Glazer’s seien im Rahmen des Falls angeklagt worden.

Der FTC-Fall konzentrierte sich auf mutmaßliche Verstöße gegen das Preisrecht. Die Aufsichtsbehörden erklärten, Southern Glazer’s habe großen Ketten günstige Preise gewährt, während unabhängigen Einzelhändlern für dieselben Produkte mehr berechnet worden sei. Diese Vorwürfe erregten besondere Aufmerksamkeit, weil Kalifornien einer der wichtigsten Märkte des Unternehmens ist und weil unabhängige

Händler seit Langem argumentieren, dass ungleiche Preise es ihnen schwerer machen, mit großen Lebensmittelhändlern zu konkurrieren.

Southern Glazer’s erklärte, man sei erfreut, den FTC-Fall ohne Prozess und ohne Schuldeingeständnis beizulegen. Alan Greenspan, Chief Legal and Compliance Officer des Unternehmens, sagte der Associated Press, Southern Glazer’s habe „den Robinson-Patman Act nicht verletzt — und verletzt ihn auch nicht“, das Bundesgesetz, das bestimmte Formen diskriminierender Preisgestaltung verbietet. Das Unternehmen teilte außerdem mit, es erwarte nicht, dass der vorgeschlagene FTC-Beschluss sein Geschäft oder seine Preispraktiken wesentlich verändern werde.

Southern Glazer’s war für eine Stellungnahme zur Untersuchung in Kalifornien laut dem Bericht zunächst nicht erreichbar.

Die Entscheidung des Bundesstaats, weiter zu ermitteln, bedeutet, dass die bundesweiten Vergleiche für den Händler womöglich nicht das letzte Wort sind. Selbst wenn das Unternehmen weitere Bundesverfahren vermeidet, kann Kalifornien weiterhin prüfen, ob dasselbe Verhalten gegen staatliche Regeln zur Alkoholverteilung und Lizenzierung verstößt. Das ist deshalb bedeutsam, weil staatliche Alkoholbehörden die rechtliche Möglichkeit von Händlern kontrollieren, im Markt tätig zu sein.

Die Vorwürfe gehen über gewöhnliche Preisstreitigkeiten hinaus. Die Staatsanwaltschaft erklärte, das Unternehmen und andere hätten Geschenke, Reisen und weitere Vorteile gegen eine bevorzugte Behandlung bestimmter Weine eingesetzt. Das mutmaßliche System beeinflusste nach Angaben der Bundesbehörden nicht nur, welche Produkte vorrätig waren, sondern auch, wo sie platziert wurden und wie stark sie beworben wurden. Praktisch bedeutete das, dass Entscheidungen, die durch unzulässige Zahlungen oder ungleiche Preisgestaltung zustande kamen, beeinflussen konnten, was Verbraucher in Supermärkten in ihren Wohnvierteln fanden.

Für Southern Glazer’s schafft die Prüfung in Kalifornien eine zusätzliche Unsicherheit, während das Unternehmen versucht, mehrere Jahre der Ermittlungen hinter sich zu lassen. Für kleinere Händler und Lieferanten könnte das Ergebnis darüber entscheiden, ob der Staat strengere Schutzmechanismen in einem Markt anstrebt, in dem der Zugang zu Regalfläche und faire Großhandelspreise direkte Auswirkungen auf den

Absatz haben können.

Kalifornische Beamte sagten nicht, wie lange ihre Untersuchung dauern wird. Doch indem sie klarstellten, dass sie sich nicht allein auf das bundesbehördliche Ergebnis stützen, signalisierten die Aufsichtsbehörden, dass sie das Verhalten des Unternehmens unter staatlicher Zuständigkeit prüfen und entscheiden wollen, ob weitere Maßnahmen geboten sind.